



**BERLINER  
FEUERWEHR**

Schutz vor **A**ggression und **G**ewalt  
für **R**ettungs- und **E**insatzkräfte der  
nichtpolizeilichen Gefahrenabwehr

## **Bericht zu Gewalt im Rettungs- und Einsatzdienst**

Quantitative, bundesweite Befragung der Angehörigen von Berufs- und Freiwilligen  
Feuerwehren sowie Hilfsorganisationen

Gefördert durch:



Bundesministerium  
für Forschung, Technologie  
und Raumfahrt

**SIFO.de**

**Herausgeberin**

Berliner Feuerwehr, Stab Forschungsprojekte

Forschungsprojekt SAGRE

[www.berliner-feuerwehr.de](http://www.berliner-feuerwehr.de)

Kontakt: [SAGRE@berliner-feuerwehr.de](mailto:SAGRE@berliner-feuerwehr.de)

Autorinnen & Autoren: Sophie Fessel, Leopold Scholze, Alexandra Jasmina Kimel, Dr.  
Rebecca Prell

Ansprechpartnerin: Dr. Rebecca Prell

© **Berliner Feuerwehr 2026**



## Vorwort

Sehr geehrte Leserinnen und Leser,

in den letzten Jahren hat die Berliner Feuerwehr immer wieder über Vorfälle von Gewalt gegen ihre Einsatzkräfte berichten müssen. Auch wenn die Zahlen zum Jahreswechsel auf 2026 in Berlin gesunken sind, ist es mir

weiterhin ein persönliches Anliegen, Gewalt nicht nur mit der Etablierung verschiedener Präventionsmaßnahmen zu begegnen, sondern auch einen deutschlandweiten, wissenschaftlich fundierten Erkenntnisgewinn in der teils aufgeheizten Debatte zu ermöglichen. Im Forschungsprojekt SAGRE schafft die Berliner Feuerwehr in enger Zusammenarbeit mit ihren Partnern, der Hochschule für Wirtschaft und Recht Berlin und dem Bayerischen Roten Kreuz, die Basis für diesen Erkenntnisgewinn.

Auf den folgenden Seiten erhalten Sie Einblick in einen Meilenstein des Projekts: Die Ergebnisse der bundesweiten Befragung zu Gewalt gegen nichtpolizeiliche Einsatzkräfte. Der Ergebnisbericht richtet sich vor allem an Entscheiderinnen und Entscheider innerhalb Ihrer Organisationen. Denn unser Ziel ist es, nicht nur eine Debatte *über die Praxis* zu führen, sondern wissenschaftliche Befunde unmittelbar *für die Praxis* nutzbar zu machen.

Auf diesem Weg möchte ich mich bei allen teilnehmenden Berufs- und Freiwilligen Feuerwehren sowie Hilfsorganisationen aus dem gesamten Bundesgebiet bedanken: Ohne Ihre Beteiligung und Ihr Engagement wäre der erzielte Erkenntnisgewinn und damit einhergehend eine Verbesserung der Präventionsmaßnahmen nicht möglich. Ich freue mich auf weitere Kooperationen mit Ihnen in der Zukunft, denn nur gemeinsam können wir Aggressionen und Gewalt gegen Rettungs- und Einsatzkräfte wirksam begegnen. In den nächsten Monaten werden wir weitere Ergebnisse des Projekts mit Ihnen teilen: Die Erkenntnisse aus den verschiedenen Erhebungen werden aufbereitet und im Sommer 2026 in Handlungsempfehlungen, Checklisten und Leitfäden für Ihre alltägliche Arbeit überführt.

Weitere Informationen zum Projekt und fortlaufende Ergebnisse erhalten Sie auf der Projektwebsite: <https://projekt-sagre.de/>

Ich wünsche Ihnen eine spannende Lektüre.

*Karsten Homrighausen*

Prof. Dr. Karsten Homrighausen, Landesbranddirektor, Berliner Feuerwehr

## **Inhaltsverzeichnis**

1	Einleitung.....	1
2	Kenntnisstand.....	2
3	Durchführung der Befragung.....	5
4	Ergebnisse.....	7
4.1	Stichprobenbeschreibung.....	7
4.2	Gewaltverständnis, -erfahrungen und -belastung.....	9
4.3	Prävention.....	11
4.4	Meldungen und Veränderungen.....	12
4.5	Situationsbeschreibung.....	14
4.6	Auffällige Gruppenunterschiede.....	15
5	Diskussion.....	17
6	Praktische Implikationen.....	21
7	Fazit.....	23

## Abkürzungsverzeichnis

BF	Berufsfeuerwehr
BKA	Bundeskriminalamt
BRK	Bayerisches Rotes Kreuz
BOS	Behörden und Organisationen mit Sicherheitsaufgaben
<i>d</i>	Cohen's <i>d</i> (Effektstärke bei Mittelwertsunterschieden)
DFV	Deutscher Feuerwehrverband
DGUV	Deutsche Gesetzliche Unfallversicherung
DRK	Deutsches Rotes Kreuz
FF	Freiwillige Feuerwehr
HiO	Hilfsorganisation
HWR	Hochschule für Wirtschaft und Recht Berlin
IAG	Institut für Arbeit und Gesundheit der DGUV
ILO	Internationale Arbeitsorganisation
<i>n</i>	Teilstichprobe
<i>p</i>	p-Wert (Signifikanzniveau)
PKS	Polizeiliche Kriminalstatistik
<i>r</i>	Korrelationskoeffizient (Zusammenhangsmaß)
StGB	Strafgesetzbuch

## **Abbildungsverzeichnis**

Abbildung 1 Gefährdungsstufen des Aachener Modells (Päßler & Trommer, 2010, S. 22).....	4
Abbildung 2 Geschlechterverteilung innerhalb der Organisationen.....	8
Abbildung 3 Verteilung der Gemeindegrößen innerhalb der Organisationen.....	9
Abbildung 4 Subjektive Einstufung von Handlungen als Gewalt .....	10
Abbildung 5 Gründe gegen Meldungen von Gewalt .....	13
Abbildung 6 Individuelle Veränderungen durch Gewalt in Einsätzen .....	14

## **Zusammenfassung**

Der vorliegende Bericht fasst die Ergebnisse einer bundesweiten Befragung zusammen, die im Rahmen des vom Bundesministerium für Forschung, Technologie und Raumfahrt geförderten Projekts SAGRE durchgeführt wurde. Ziel der Befragung war es, ein differenziertes Bild von Gewalthandlungen gegenüber nichtpolizeilichen Rettungs- und Einsatzkräften zu erhalten. Dazu wurde beleuchtet, wie Gewalt wahrgenommen wird, in welchen Einsatzsituationen diese typischerweise auftritt und wie Betroffene sowie Organisationen damit umgehen. An der Befragung nahmen haupt- und ehrenamtliche Rettungs- und Einsatzkräfte von Berufsfeuerwehren, Freiwilligen Feuerwehren und Hilfsorganisationen aus allen 16 deutschen Bundesländern teil. In der Befragung wurden Daten von mehr als 3.400 Einsatzkräften der nichtpolizeilichen Behörden und Organisationen mit Sicherheitsaufgaben verschiedener Altersgruppen aus städtischen und ländlichen Regionen erhoben.

Die Ergebnisse der Befragung zeigen, dass Gewalt sehr unterschiedlich wahrgenommen und breit verstanden wird: Individuelle Definitionen reichen von alltäglichen Respektlosigkeiten wie Behinderung der Arbeit bis hin zu schweren körperlichen Übergriffen. Beispielhafte Gewaltsituationen für den Einsatzdienst werden vor allem während Routineeinsätzen in Wohngebieten in den Nachmittags- und Abendstunden berichtet. Dabei werden überwiegend Angriffe durch Einzelpersonen beschrieben. Als besonders belastend werden Handlungen empfunden, die verhältnismäßig selten erlebt werden, während weniger belastende Ereignisse gehäuft auftreten. Als Hauptfolge von Gewalt im Einsatzdienst erleben die Befragten Frust und Demotivation. Ein Fünftel denkt über einen Austritt aus dem Ehrenamt bzw. Beruf nach. Die Meldung von Gewalt in der eigenen Organisation wird als wenig gewinnbringend erlebt und die entsprechenden Prozesse scheinen mehrheitlich zu wenig nachvollziehbar. Als protektiver Faktor wird insbesondere der kollegiale Austausch nach Gewaltsituationen wahrgenommen.

Die Befragung liefert Einblicke in das Erleben von Gewalt im Einsatzalltag in einer erstmals breit angelegten Stichprobe von nichtpolizeilichen Einsatzkräften aus allen 16 Bundesländern. Konkrete Anhaltspunkte zur Verbesserung von Schutz, Kommunikation und Unterstützung betreffen den Ausbau der kollegialen Nachsorge, die Standardisierung und Transparenz von Meldewegen sowie die Anwendbarkeit von Präventionsmaßnahmen.



## 1 Einleitung

Gewalt gegen Rettungs- und Einsatzkräfte stellt für viele Organisationen eine Herausforderung im Einsatzalltag dar und betrifft sowohl haupt- als auch ehrenamtlich Tätige. Obwohl belastbare wissenschaftliche Erkenntnisse insgesamt begrenzt sind, zeigen einzelne Untersuchungen, wie z. B. die praxisorientierten Erhebungen der Deutschen Gesetzlichen Unfallversicherung (DGUV) bzw. des Instituts für Arbeit und Gesundheit (IAG) und des Deutschen Feuerwehrverbands (DFV) aus den Jahren 2023 und 2024, ein breites Spektrum an Gewalterfahrungen auf. Diese reichen von verbalen Aggressionen und Drohungen bis hin zu körperlichen Angriffen, teilweise unter dem Einsatz von Waffen (DGUV & DFV 2023; IAG & DFV 2024). Das Projekt SAGRE<sup>1</sup> wurde initiiert, um einen aktiven Beitrag zur Reduzierung von Gewalt gegen Rettungs- und Einsatzkräfte zu leisten und deren Schutz sowie die Handlungssicherheit im Einsatz zu erhöhen. Das Projekt wird von der Berliner Feuerwehr, der Hochschule für Wirtschaft und Recht Berlin (HWR) und dem Bayerischen Roten Kreuz (BRK) durchgeführt sowie durch 18 assoziierte Organisationen unterstützt. Das Projekt verfolgt zwei zentrale Ziele: Einerseits sollen wissenschaftliche Forschungslücken geschlossen werden, um Gewalt und Aggressionen sowie deren Ausmaß besser einordnen zu können. Andererseits sollen auf Basis dieser Erkenntnisse praxisnahe Materialien wie Checklisten und Handlungshilfen entstehen, die Organisationen und Einsatzkräften eine Orientierung im Umgang mit Gewaltvorfällen geben. Zum Erreichen dieser Ziele wurde neben Fokusgruppen, Praxisworkshops und Think Tanks eine bundesweite Befragung von Angehörigen der Feuerwehren und Hilfsorganisationen (HiO) durchgeführt.

Im vorliegenden Bericht zu dieser Befragung wird zunächst der Forschungsstand skizziert, bevor auf die Durchführung der Befragung und die daraus gewonnenen Erkenntnisse eingegangen wird. Diese werden anschließend diskutiert, wonach praktische Implikationen abgeleitet werden und ein Ausblick auf die weiteren Arbeitsschritte des Projekts erfolgt. Der vorliegende Bericht wendet sich an Verantwortliche und Führungskräfte der Feuerwehren und HiO. Eine tiefgreifendere wissenschaftliche Analyse der erhobenen Daten wird voraussichtlich Ende 2026 in einem Peer-Review-Journal veröffentlicht.

---

<sup>1</sup> SAGRE wird von 2024 bis 2026 im Zuge der Bekanntmachung „Anwender – Innovativ: Forschung für die zivile Sicherheit II“ im Rahmen des Programms „Forschung für die zivile Sicherheit 2018 bis 2023“ der Bundesregierung gefördert.



## 2 Kenntnisstand

Gewalt gegen Einsatzkräfte prägt zunehmend die mediale Debatte (Google Trends, 2025) und rückt dadurch stärker ins öffentliche Bewusstsein. Auch wissenschaftliche Untersuchungen beschäftigen sich sowohl international als auch national mit dieser Thematik, beleuchten bisher jedoch häufig nur einzelne Regionen oder Organisationen. Dabei zeigen internationale Studien, dass von einer hohen Zahl nicht gemeldeter Vorfälle auszugehen ist (Grange & Corbett, 2002; Maguire et al., 2018), Gewalt häufig von Patientinnen und Patienten ausgeübt wird (Maguire et al., 2018) und viele Übergriffe in den Abendstunden stattfinden (Grange & Corbett, 2002). Darüber hinaus werden Leerstellen in der vorhandenen Forschung sichtbar: Diese reichen von der fehlenden Evaluierung bereits vorhandener Maßnahmen über mangelnde standardisierte Datenerhebungen bis hin zu einem uneinheitlichen Gewaltbegriff (Maguire et al., 2018).

In Deutschland werden zunehmend empirische Studien zum Thema Gewalt gegen Einsatzkräfte durchgeführt. Diese konzentrieren sich meist auf einzelne Träger des Rettungs- und Einsatzdienstes oder sind geografisch begrenzt und können daher keinen breiten Überblick über die Bundesrepublik geben. Inhaltlich kommen sie zu ähnlichen Ergebnissen wie die internationalen Studien. So stellen Feltes und Weigert (2018) in einer Befragung von 812 Einsatzkräften von Feuerwehren und Rettungsdiensten in Nordrhein-Westfalen fest, dass die Übergriffe hauptsächlich während der Diagnose oder Behandlung passieren und die Täterinnen und Täter meist die Patientinnen oder Patienten selbst sind. Feltes und Weigert (2018) legen in ihrer Untersuchung einen Gewaltbegriff zugrunde, der sowohl nonverbale, verbale als auch körperliche Gewalt umfasst. Eine weitere Studie aus dem Jahr 2019 widmet sich speziell den Rettungskräften des Deutschen Roten Kreuzes (DRK). In dieser Untersuchung mit 425 Teilnehmenden zeigt sich, dass verbale bzw. nonverbale Gewalt im Gegensatz zu körperlicher Gewalt deutlich überwiegt (Sefrin et al., 2021). Auch hier wurde der Gewaltbegriff weit gefasst und schließt beispielsweise Sachbeschädigungen ein. Abermals wurde festgestellt, dass Gewalt meist von den Patientinnen und Patienten selbst ausgeht. Weiterhin heben Sefrin et al. (2021) hervor, dass beim Erstellen von Meldungen eine verbindliche Erfassung notwendig sei und plädieren für einen Verbesserungsbedarf in der Aus- und Fortbildung. Im Projekt AMBOSafe wurden 60 Einsatzkräfte über mehrere Monate im Sommer 2021 wöchentlich zu Gewaltvorkommnissen befragt (Leuschner et al., 2022). Hier überwogen ebenfalls verbale Angriffe. Außerdem heben Leuschner et al. (2022) die Bedeutung kollegialer Aufarbeitungen möglichst mit Unterstützung durch Führungskräfte hervor. Der DFV hat mit der DGUV bzw. dem IAG in den Jahren 2023 und 2024 zwei Umfragen unter den Angehörigen von



Feuerwehren durchgeführt. Diese gelangen zu ähnlichen Ergebnissen wie die oben genannten Studien, sowohl hinsichtlich der Ausprägung von Gewalt als auch hinsichtlich der Problematik beim Erstellen von Meldungen. Der überwiegende Grund, warum keine Meldung erfolgte, liegt darin, dass diese nach Einschätzung der Befragten meist keine Konsequenzen hat (DGUV & DFV, 2023). In den Befragungen der DGUV bzw. IAG und DFV (2023, 2024) wurde hinsichtlich des Gewaltbegriffs die Definition der Internationalen Arbeitsorganisation (ILO, 2019) herangezogen, die Gewalt als Bandbreite physischer, psychischer, sexueller und geschlechterspezifischer Handlungen beschreibt. Darüber hinaus liefert die Polizeiliche Kriminalstatistik (PKS) wichtige Erkenntnisse zur Entwicklung von Gewalt gegen Einsatzkräfte. Bei der PKS handelt es sich um eine sogenannte Ausgangsstatistik. Das bedeutet, dass Straftaten erst dann erfasst werden, wenn die Ermittlungen an die Staatsanwaltschaft abgegeben wurden. Die PKS erfasst seit 2011 Rettungs- und Einsatzkräfte als gesonderte Kategorie bei Gewaltstraftaten (Bundeskriminalamt [BKA], 2012). Zwischen 2011 und 2024 zeigt sich ein kontinuierlicher Anstieg der registrierten Fälle (BKA, 2012, 2025). Unklar bleibt, ob der Anstieg auf eine tatsächliche Zunahme von Vorfällen oder auf eine stärkere Sensibilisierung der Einsatzkräfte und auf eine damit einhergehende erhöhte Anzeigebereitschaft zurückzuführen ist. Sticher (2025) weist in diesem Zusammenhang außerdem darauf hin, dass seit 2017 Verschärfungen des Strafrechts vorgenommen wurden, die zu einer Steigerung der Fallzahlen beigetragen haben können.

Zentrale Ergebnisse der bisherigen Studien weisen darauf hin, dass Patientinnen und Patienten am häufigsten als Tatpersonen auftreten. Zudem scheinen Schwierigkeiten bei der Erstattung von Meldungen über Gewaltvorfälle zu bestehen. Diese Beobachtung lässt vermuten, dass das tatsächliche Ausmaß der Vorfälle bislang nicht vollständig erfasst wird. Für den individuellen Umgang mit Gewalt und deren Meldung wird ein Verbesserungsbedarf im Bereich der Aus- und Fortbildung betont. Diese bestehenden Erkenntnisse sollen im Rahmen der hier durchgeführten Befragung im Projekt SAGRE bundesweit ergänzt werden. Mit der Studiendurchsicht zeigt sich, dass eine zentrale Forschungslücke in einem uneinheitlichen Verständnis von Gewalt besteht. Unterschiedliche Definitionsansätze in bisherigen Untersuchungen erschweren nicht nur die Vergleichbarkeit der Befunde, sondern auch die zuverlässige statistische Erfassung und Bewertung des tatsächlichen Ausmaßes von Gewalterfahrungen. Diese Uneinheitlichkeit führt dazu, dass Handlungsansätze zur Unterstützung der Einsatzkräfte nur schwer übertragbar sind. Um eine Brücke zu bestehenden Studien zu schlagen, wurde im Rahmen der vorliegenden Befragung die Gewaltdefinition der



ILO (2019) genutzt, welche in Deutschland gesetzlich verankert ist (Gesetz zu dem Übereinkommen Nr. 190, 2023). Dies ermöglicht eine bessere Vergleichbarkeit mit aktuellen Forschungsarbeiten, insbesondere mit den jüngsten Studien von DFV und DGUV, die auf derselben Grundlage operieren. Des Weiteren findet das „Aachener Modell zur Reduzierung von Bedrohungen und Übergriffen am Arbeitsplatz mit Publikumsverkehr“ nach Päßler und Trommer (2010) Anwendung. Dieses wird genutzt, um den verschiedenen Ausprägungen von Gewalt unterschiedliche Gefahrenstufen zuzuteilen (siehe Abbildung 1).

**Abbildung 1** Gefährdungsstufen des Aachener Modells (Päßler & Trommer, 2010, S. 22)



Nach Päßler und Trommer (2010) sollten in Stufe 0 die Rettungs- und Einsatzkräfte durch ihre eigenen Kompetenzen sowie die Aus- und Fortbildung in der Lage sein, die Situationen zu entschärfen. In Stufe 1 geht es zum einen um noch nicht strafrechtlich relevante Sachverhalte und zum anderen um Beleidigungen sowie Sachbeschädigungen, welche eine strafrechtliche Verfolgung mit sich bringen können. Bei Stufe 2 geht es um Gewaltformen, welche sowohl körperliche als auch psychische Folgen für die Betroffenen haben können und zum großen Teil Straftaten darstellen. Die Stufe 3 ist im Aachener Modell die höchste Eskalationsstufe. Hier werden Straftaten nach dem Strafgesetzbuch (StGB) geahndet. Das Aachener Modell ist für den Arbeitskontext besonders geeignet, da es ein praxisorientiertes und klar strukturiertes Instrument zur Einschätzung und Einordnung von Gewalt- und Bedrohungssituationen bietet. Damit unterstützt es die Analyse von in der Befragung berichteten Erfahrungen und ermöglicht die Vergleichbarkeit der subjektiven Einschätzungen der Einsatzkräfte.



### 3 Durchführung der Befragung

Die Befragung richtete sich an haupt- und ehrenamtliche Angehörige der Berufsfeuerwehren (BF), Freiwilligen Feuerwehren (FF) sowie HiO<sup>2</sup> in Deutschland. Ziel war es, ein möglichst realistisches Bild von Gewaltvorfällen im Einsatzdienst zu gewinnen; zu erheben, wie Einsatzkräfte solche Situationen wahrnehmen, bewältigen und welche Unterstützung sie in ihren Organisationen erfahren. Darüber hinaus sollten Hinweise gewonnen werden, wie Präventionsmaßnahmen gezielt verbessert werden können. Die Teilnahme war freiwillig und erfolgte nach den Vorgaben der Datenschutz-Grundverordnung über gängige digitale Endgeräte. Entsprechend der unterschiedlichen Ferienzeiten im Bundesgebiet wurde die Befragung zeitlich leicht versetzt durchgeführt. Insgesamt hatten alle Kontaktierten im Sommer 2025 etwa einen Monat lang Zeit, die Befragung auszufüllen<sup>3</sup>.

Für die Datenerhebung kamen zwei Stichprobenverfahren zum Einsatz: Bei den BF und FF wurde eine Klumpenstichprobe<sup>4</sup> genutzt. Dabei erfolgte pro Bundesland eine Auswahl einzelner Städte und Land- bzw. Stadtkreise, um regionale Unterschiede und strukturelle Merkmale abzubilden. Aus jedem Bundesland wurden zum Zwecke der Vergleichbarkeit je eine BF und eine FF zufallsbasiert für die Teilnahme ausgewählt. Die Klumpenstichprobe hat den methodischen Vorteil, dass Verzerrungen, wie z. B. eine systematische Überrepräsentation besonders motivierter oder leicht erreichbarer Untersuchungspersonen, vermieden werden. Die Ansprache der Teilnehmenden erfolgte über die beteiligten Organisationen. Für die HiO wurde aufgrund der unterschiedlichen Organisationsstrukturen eine Selbstselektion<sup>5</sup> angewandt. Hier wurden die Aufrufe zur Teilnahme über die internen Informationskanäle der HiO sowie über die Netzwerke der Projektbeteiligten gestreut, um eine breite Beteiligung aus verschiedenen Organisationen und Regionen zu erreichen.

Die Fragebögen für BF, FF und HiO unterscheiden sich in der zielgruppenspezifischen Ansprache und den Beispielen für Antwortmöglichkeiten. Der Aufbau umfasste vier zentrale Themenbereiche: Im ersten Abschnitt stand die subjektive Einstufung von Gewalt im

---

<sup>2</sup> Der Sammelbegriff inkludiert hier das Technische Hilfswerk sowie die staatlich anerkannten Hilfsorganisationen Johanniter-Unfall-Hilfe, Malteser Hilfsdienst, Deutsches Rote Kreuz, Arbeiter-Samariter-Bund und Deutsche Lebens-Rettungs-Gesellschaft.

<sup>3</sup> Entsprechend handelte es sich um eine standardisierte Querschnittserhebung, die Daten zu einem festgelegten Zeitpunkt mit vergleichbaren Fragen für alle Teilnehmenden erfasste.

<sup>4</sup> Bei einer Klumpenstichprobe werden aus vielen Teilpopulationen einer Gesamtpopulation Klumpen (einzelne Feuerwehren bzw. Land- oder Stadtkreise) zufällig ausgewählt. Alle zugehörigen Personen werden zur Teilnahme eingeladen.

<sup>5</sup> Bei einer selbstselektiven Stichprobe können alle Personen innerhalb einer angesprochenen Öffentlichkeit teilnehmen, wodurch es keine direkte Kontrolle der Zusammensetzung gibt.



Mittelpunkt. Abgefragt wurde, welche Handlungen die Teilnehmenden als Gewalt wahrnehmen, wie häufig sie diese erleben und als wie belastend sie diese empfinden. Beispielsweise wurden die Teilnehmenden gebeten, verschiedene Handlungen selbst als „Gewalt“ oder „keine Gewalt“ einzuordnen, um einen Einblick in das subjektive Verständnis zu erhalten und abzuleiten, welche Handlungen in der Praxis typischerweise als Gewalt gelten. In einem weiteren Themenblock ging es darum herauszufinden, welche Folgen Gewaltvorfälle für die Befragten haben und wie sie damit umgehen. Dem folgten Fragen zum Umgang mit Gewaltvorfällen in den Organisationen und zu Ideen bzgl. möglicher Verbesserungen der Sicherheit der Mitarbeitenden. Außerdem bestand die Möglichkeit, eine beispielhafte, sinnbildliche Gewaltsituation zu beschreiben. Am Ende wurden grundlegende demografische Angaben erfasst, um die Ergebnisse besser einordnen zu können. Zusätzlich stand ein Freitextfeld zur Verfügung, in welchem die Teilnehmenden weitere Hinweise oder persönliche Einschätzungen eingeben konnten. Die durchschnittliche Bearbeitungszeit lag bei knapp 10 Minuten.



## 4 Ergebnisse

Die Ergebnisdarstellung findet in fünf Themenkomplexen statt: Beschreibung der Stichprobe, Gewaltverständnis und -erfahrungen sowie Belastungsempfinden, Vorhandensein und Sinnhaftigkeit verschiedener Präventionsmaßnahmen, Eindrücke zum Umgang mit Meldungen in der Organisation und den erlebten Veränderungen durch Gewalt sowie Beschreibungen sinnbildlicher Situationen. Im Folgenden werden ausgewählte Ergebnisse dargestellt.

### 4.1 Stichprobenbeschreibung

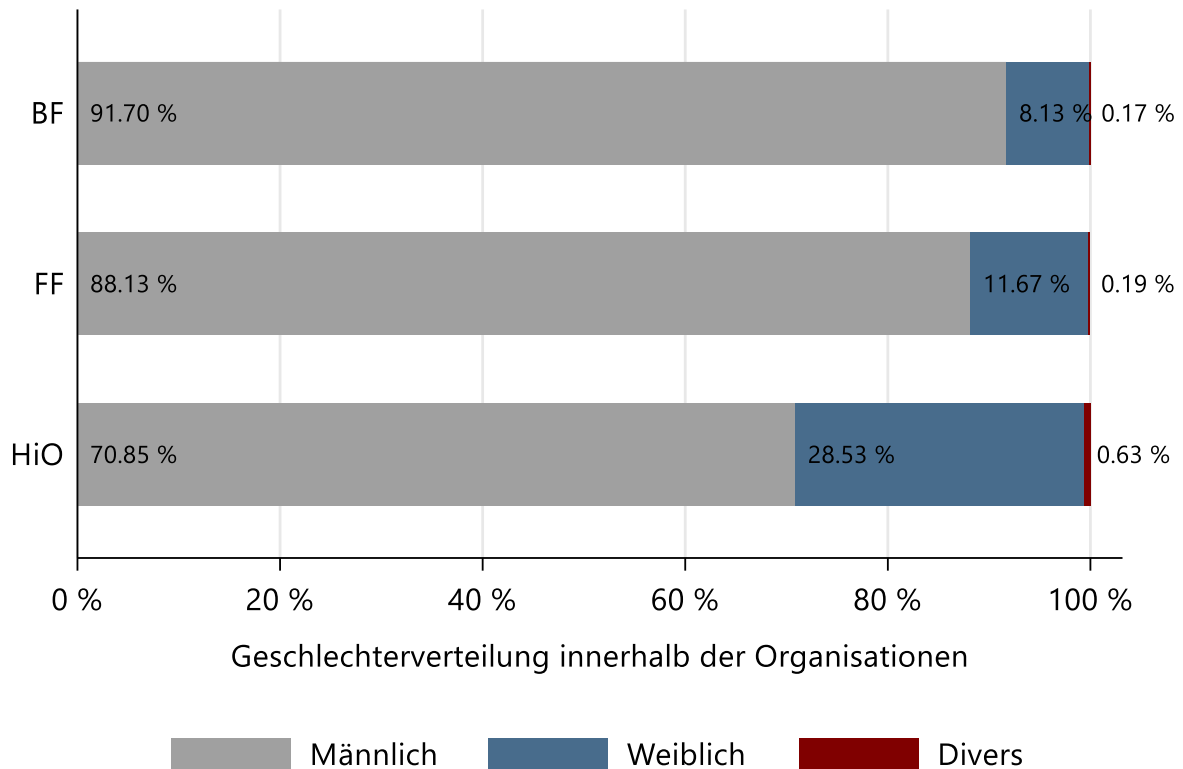
Insgesamt nahmen an der Befragung 4.557 Personen teil, wobei 3.441 Fälle davon als gültig eingestuft wurden.<sup>6</sup> Die Mehrheit der Befragten (1.424 Personen bzw. 41 %) gehört einer BF an, etwas weniger kommen aus den Reihen der HiO (1.313 bzw. 38 %) und den geringsten Anteil machen die Befragten aus der FF aus (704 bzw. 21 %). Das Durchschnittsalter lag zum Befragungszeitpunkt bei 38 Jahren (Angehörige der BF im Durchschnitt 39 Jahre mit einer Spanne von 19 bis 65 Jahren; Angehörige der FF und HiO im Durchschnitt 37 Jahre; Spanne FF von 18 bis 65 Jahre und Spanne HiO von 18 bis 70 Jahre). Abbildung 2 zeigt die Geschlechterverteilung innerhalb der Organisationen, wobei der Anteil an männlichen Personen in der Gruppe der BF am größten ist. Der Anteil der Personen, die sich als „Divers“ bezeichnet haben, liegt jeweils unter einem Prozent.

---

<sup>6</sup> Der Anteil der ungültigen Fälle ist auf Fragebogenabbrüche z. B. durch Alarmierungen zurückzuführen. Zudem wurden Fälle als ungültig eingestuft, wenn weniger als 80 % der Fragen beantwortet wurden, das Ausfüllen zu schnell erfolgte oder das Antwortverhalten ungewöhnlich war.



**Abbildung 2** Geschlechterverteilung innerhalb der Organisationen



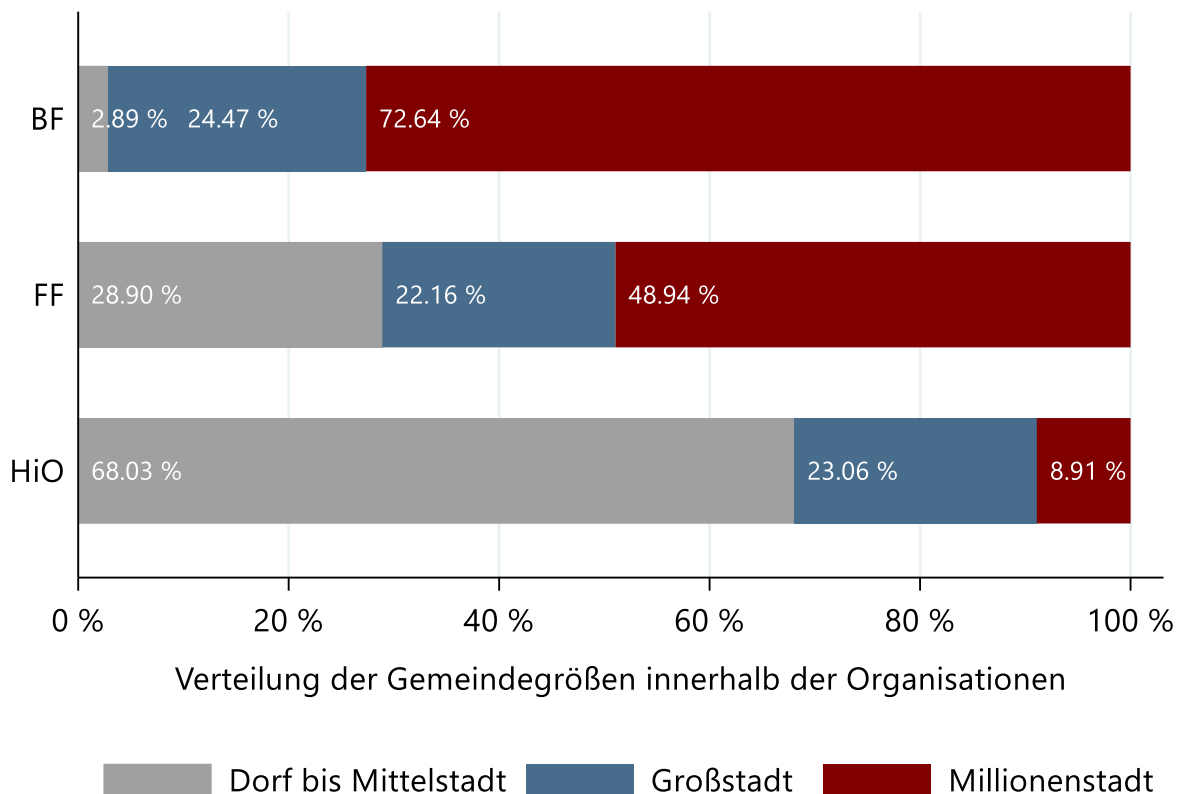
Notiz. *BF* = Berufsfeuerwehr, *FF* = Freiwillige Feuerwehr, *HiO* = Hilfsorganisation. Die Geschlechterverteilung liegt in BOS deutschlandweit auf einem vergleichbaren Niveau (von Hegemann, 2020; Statistisches Bundesamt, 2023).  $n = 2.640$ .

Bei Betrachtung der Verteilung der Teilnehmenden über die Gemeindegrößen sind drei Viertel (855 bzw. 72 %) der BF-Angehörigen in der Kategorie „Millionenstadt“ tätig. Bei den FF-Angehörigen sind es 254 bzw. 49 % und bei den Befragten der HiO lediglich 85 bzw. 9 %. In „Großstädten“ ist jeweils etwa ein Viertel der Befragten im Einsatz. 649 bzw. 68 % der Befragten aus HiO sind in Gegenden mit weniger als 100.000 Einwohnenden tätig; bei FF sind es 150 bzw. 29 % und bei BF 34 bzw. 3 % (Abbildung 3).<sup>7</sup>

<sup>7</sup> Die Unterschiede erklären sich dadurch, dass BF in den meisten deutschen Bundesländern in Städten mit über 100.000 Einwohnenden (also Großstädten) verpflichtend sind (bspw. Dritter Teil, 1. Abschnitt, § 6 Feuerwehrgesetz, 2010). Vereinzelt gibt es aber auch Mittelstädte mit BF (von Hegemann, 2020). FF gibt es in Gemeinden jeglicher Größe. Der höhere Anteil von in Dorf- bis Mittelstädten tätigen Angehörigen der HiO erklärt sich möglicherweise darüber, dass vor allem die Ehrenamtlichen in diesen Gegenden aktiv sind und die Befragung durch den Projektpartner BRK vornehmlich in Bayern geteilt wurde. Hier ist die Bevölkerung stärker ländlich verteilt als in anderen Bundesländern (Grohmann & Porschke, 2022).



**Abbildung 3** Verteilung der Gemeindegrößen innerhalb der Organisationen



Notiz. BF = Berufsfeuerwehr, FF = Freiwillige Feuerwehr, HiO = Hilfsorganisation. Dorf = bis 5.000, Kleinstadt = 5.000 bis 20.000, Mittelstadt = 20.000 bis 100.000, Großstadt = 100.000 bis 1.000.000, Millionenstadt = mehr als 1.000.000 Einwohnende. n = 2.650.

#### 4.2 Gewaltverständnis, -erfahrungen und -belastung

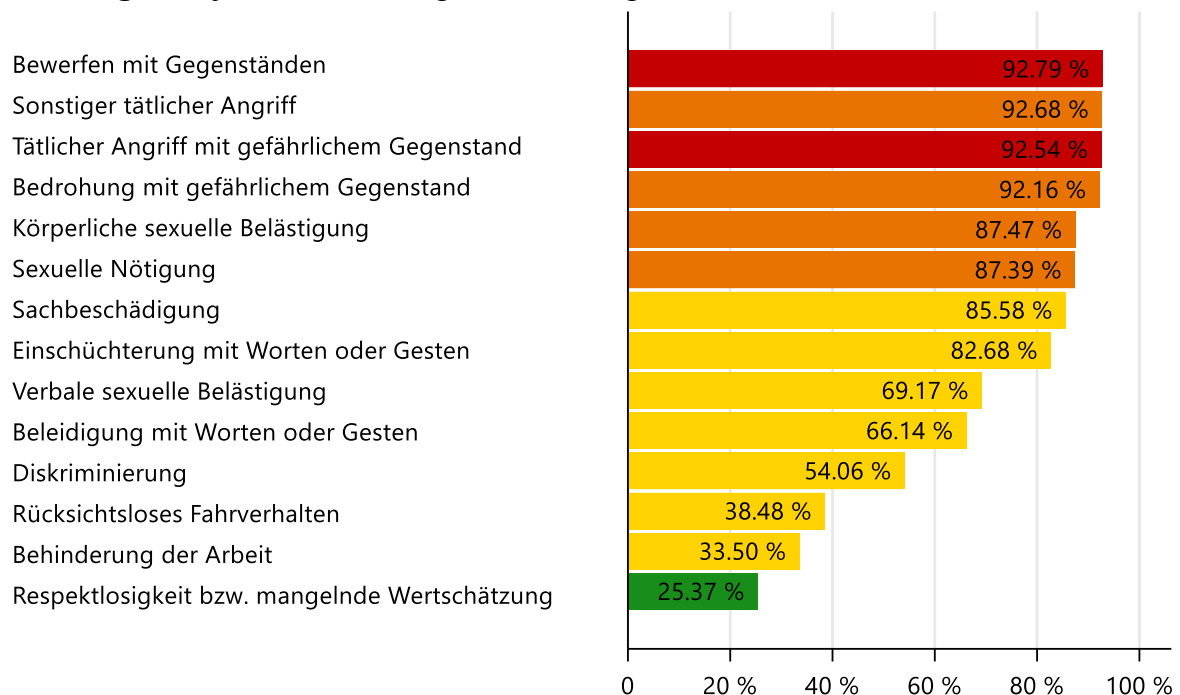
Ein zentrales Erkenntnisinteresse der Befragung bestand darin, herauszufinden, welche Handlungen die Rettungs- und Einsatzkräfte als gewaltvoll empfinden, also welches *Gewaltverständnis* sie individuell haben. Dazu wurde bei 14 Handlungen abgefragt, ob diese Gewalt oder keine Gewalt darstellen (siehe Abbildung 4). Zunächst lässt sich erkennen, dass vier Handlungen fast eindeutig (von 92 % der Befragten) als Gewalt eingestuft werden. Dabei handelt es sich um drei Formen tätlicher Angriffe sowie die Bedrohung mit gefährlichem Gegenstand. Bei den restlichen zehn Handlungen zeigt sich ein uneinheitlicheres Bild; die Befragten sind hier also weniger eindeutig einer Meinung, ob auf die genannte Handlung der Begriff der „Gewalt“ angewendet werden kann. Etwa 87 % stufen verschiedene körperliche sexuelle Belästigungen als Gewalt ein, 86 % Sachbeschädigung und 83 % verbale Einschüchterung. Weniger als 70 % empfinden verbale sexuelle Belästigung und Beleidigungen als Gewalt. Etwa 54 % ordnen Diskriminierung als Gewalt ein. Von weniger als der Hälfte der Befragten werden rücksichtsloses Fahrverhalten und Behinderung der Arbeit



als Gewalt eingestuft und nur von einem Viertel Respektlosigkeit bzw. mangelnde Wertschätzung.

Auffällig ist, dass das Antwortverhalten beinahe mit den Abstufungen des Aachener Modells (siehe Abbildung 1) übereinstimmt. Zur Veranschaulichung wurden in Abbildung 4 die Handlungen entsprechend der Gefahrenstufen eingefärbt. Allerdings sind die Übergänge zwischen den Stufen nicht trennscharf (zwischen den Stufen 0 und 1 bzw. 1 und 2 sind es nur etwa acht bzw. zwei Prozentpunkte). Zwischen Stufe 2 und 3 gibt es sogar eine Überlappung: Tätliche Angriffe mit gefährlichen Gegenständen werden von etwas weniger Personen als Gewalt eingeordnet als sonstige tätliche Angriffe; Bedrohungen mit gefährlichen Gegenständen werden auch von beinahe so vielen als gewaltvoll empfunden.

**Abbildung 4** Subjektive Einstufung von Handlungen als Gewalt



**Anteil der Personen, die die Handlung als Gewalt einstufen**

Notiz. Frage im Fragebogen: „Welche der folgenden Handlungen würden Sie als Gewalt einstufen?“ Zu jeder der aufgelisteten Handlungen konnte „Gewalt“ oder „Keine Gewalt“ ausgewählt werden. Die Farbgebung orientiert sich am Aachener Modell (Päßler & Trommer, 2010): Grün = Gefährdungsstufe 0, gelb = Gefährdungsstufe 1, orange = Gefährdungsstufe 2, rot = Gefährdungsstufe 3. n = 3.286 – 3.435.

Um herauszufinden, wie breit der *Gewaltbegriff* der Befragten ist (siehe Kapitel 2), wurde pro Person aufsummiert, wie viele Handlungen diese insgesamt als Gewalt eingestuft hat. Die größte Gruppe der Befragten (19 %) wählte dazu elf Handlungen aus. Insgesamt



wählten 36 % zwölf bis 14 Handlungen aus. Der Rest (45 %) kategorisierte zehn oder weniger der Handlungen als Gewalt ein. Aufbauend darauf wurde nach der *Häufigkeit des Erlebens* sowie nach dem *Belastungsempfinden* der Handlungen gefragt. Die Handlungen, die fast eindeutig als Gewalt eingestuft wurden (tätliche Angriffe und Bedrohungen), werden im Durchschnitt seltener als einmal im Jahr erlebt, genauso wie „Sexuelle Belästigungen und Nötigungen“. Gleichzeitig werden diese jedoch als am stärksten belastend wahrgenommen. Am häufigsten erlebt werden „Rücksichtsloses Fahrverhalten“, „Respektlosigkeit bzw. mangelnde Wertschätzung“ und „Behinderung der Arbeit“ (im Durchschnitt mehrmals pro Jahr). Diese werden gleichzeitig jedoch als am wenigsten belastend empfunden. Alle oben genannten Handlungen werden im Durchschnitt mindestens als teilweise belastend erlebt.

### 4.3 Prävention

Zum Komplex der *Präventionsmaßnahmen* wurden neben vorbeugenden Aspekten (Primärprävention) auch Reaktionen in einer akuten Gewaltsituation (Sekundärprävention) und nachsorgende Maßnahmen (Tertiärprävention) beleuchtet. Die Einsatzkräfte wurden auf primärpräventiver Ebene hinsichtlich ihrer Einstellung zu „Übungen mit Gewaltsituationen“, „interkulturellen Kompetenz-Trainings“, „Schulungen zum Umgang mit psychisch erkrankten Patientinnen und Patienten“, „Schutzausrüstung“ sowie „Deeskalationstrainings“ befragt. Auf intervenierender Ebene wurden die Meinungen zur „Nutzung von Bodycams“, „Eigensicherungstrainings“, „Unterstützung durch andere Einsatzkräfte“, „Rückzug“, „Ignorieren“ und „verbale bzw. körperliche Verteidigung“ erhoben. Im Rahmen der Nachsorge wurden „Dokumentationen bzw. Meldungen“, „Einsatznachbesprechungen“, „Einsatznachsorgeteams“, „sonstige medizinische bzw. psychosoziale Unterstützungen“, „private und kollegiale Gespräche“ und „Dienstabbrüche“ thematisiert.

Alle oben aufgelisteten *vorbeugenden Maßnahmen* werden von über der Hälfte der Befragten als eher oder sehr sinnvoll eingestuft. Bei *Maßnahmen in einer akuten Situation* werden vor allem Alarmierungen polizeilicher (72 % Zustimmung) und zusätzlicher eigener Einsatzkräfte (37 % Zustimmung) als sehr sinnvoll wahrgenommen. Auch Rückzug aus der Situation wird von einem Großteil als sehr sinnvoll erachtet (45 %). Sich verbal oder körperlich zu wehren wird von den wenigsten als sinnvolle Reaktion erachtet (je 13 % Zustimmung). Im Bereich der *Nachsorge* fällt auf, dass Gespräche mit Kolleginnen und Kollegen (bzw. Kameradinnen und Kameraden) als am sinnhaftesten angesehen werden (67 % Zustimmung) und teilweise auch der Austausch im privaten Umfeld (36 %). Gleichzeitig wird das „Nicht



darüber reden“ von den meisten Personen stark abgelehnt (nur 3 % finden dies eher oder sehr sinnvoll).

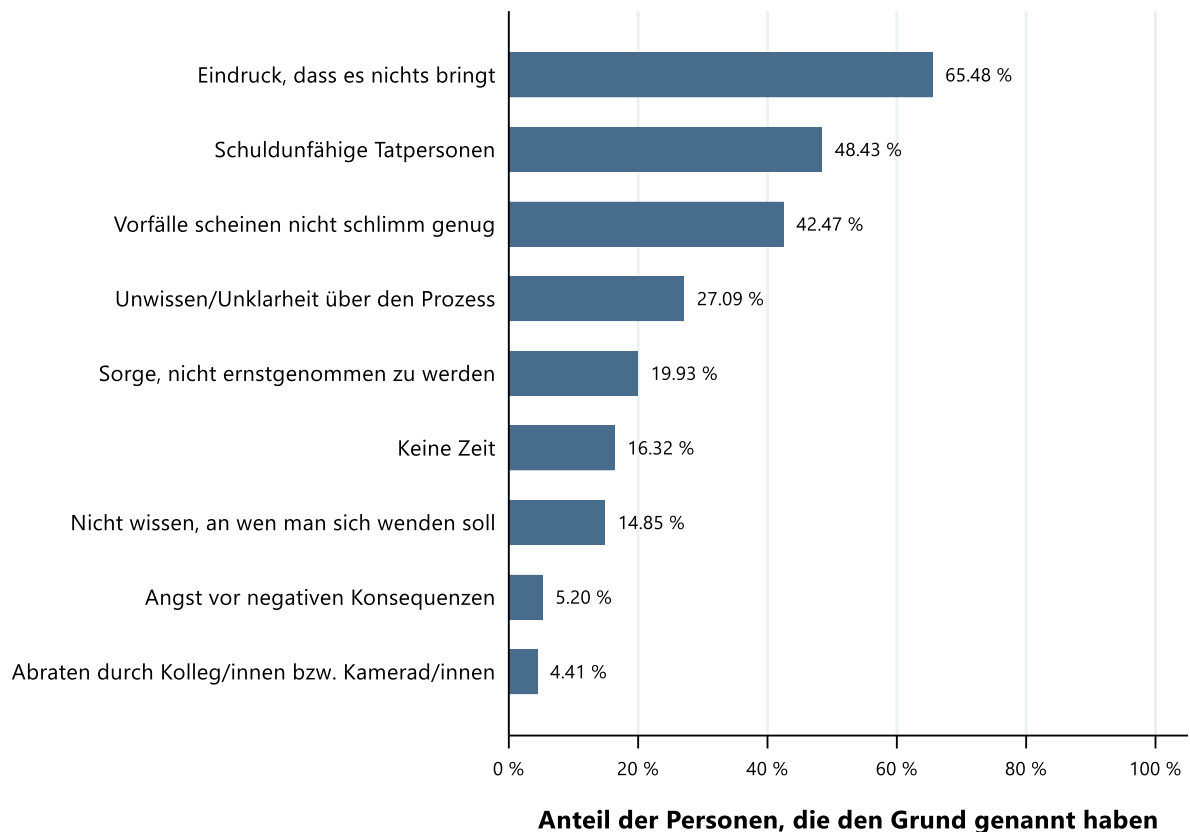
Insgesamt sind die Ergebnisse zu Bodycams, Eigensicherungstrainings und Trainings zur interkulturellen Kompetenz besonders auffällig, weil sich die Antworten der Einsatzkräfte dort stark voneinander unterscheiden. Daher wurde die erlebte Sinnhaftigkeit dieser drei Maßnahmen in Abhängigkeit von ihrer Existenz in den Organisationen untersucht. Eigensicherungstrainings werden von 85 % der Befragten als eher oder sehr sinnvoll empfunden, wenn diese *nicht* in der eigenen Organisation angeboten werden. Unter den Befragten, die innerhalb ihrer Organisation bereits das Angebot von Trainings zu interkultureller Kompetenz erhalten, empfinden nur 45 % diese auch als sinnvoll. Befragte, die innerhalb ihrer Organisation *kein Angebot* erhalten, empfinden Trainings zur interkulturellen Kompetenz zu knapp 65 % als sinnvoll. Bodycams erhalten die geringste Zustimmung: Diese werden von ca. der Hälfte der Befragten in Organisationen ohne Bodycam-Ausstattung als sinnvoll eingeschätzt, und von etwa 40 % der Befragten in Organisationen mit Bodycam-Ausstattung. In Zusammenhangsanalysen zeigte sich ein statistisch bedeutsamer negativer Zusammenhang zwischen der Existenz der Maßnahmen und der Einschätzung ihrer Sinnhaftigkeit, wobei sich insbesondere beim Eigensicherungstraining und dem Training zur interkulturellen Kompetenz eine mittlere Effektstärke zeigt (Bodycams:  $r = -0.07$ ,  $p < .01$ ,  $d = 0.17$ , Eigensicherungstrainings:  $r = -0.13$ ,  $p < .01$ ,  $d = 0.32$  und Trainings zur interkulturellen Kompetenz:  $r = -0.16$ ,  $p < .01$ ,  $d = 0.44$ ). Das bedeutet, dass es wahrscheinlicher ist, dass diese Maßnahmen als sinnhaft bewertet wird, wenn die eigene Organisation nicht damit ausgestattet ist.

#### **4.4 Meldungen und Veränderungen**

Bei der Frage, wie häufig die Befragten nach Gewaltvorfällen *Meldungen* erstellen, gaben 26 % der Befragten „selten“ oder „nie“ an. Rund 17 % melden „manchmal“ und die restlichen 23 % „häufig“ oder „immer“. Alle Personen, die „manchmal“ oder „selten“ angeben hatten, wurden zusätzlich gefragt, welche Gründe dagegensprächen (siehe Abbildung 5). Als Hauptgrund wurde genannt, dass Meldungen nichts bringen würden (über 65 %). Die Wahrnehmung einer schuldunfähigen Tatpersonen oder angenommene Bagatellen scheinen ebenfalls vom Melden abzuhalten (jeweils um 45 %). Bei gut 27 % der Befragten spielt ebenso die Unklarheit über den Prozess eine Rolle.



**Abbildung 5** Gründe gegen Meldungen von Gewalt

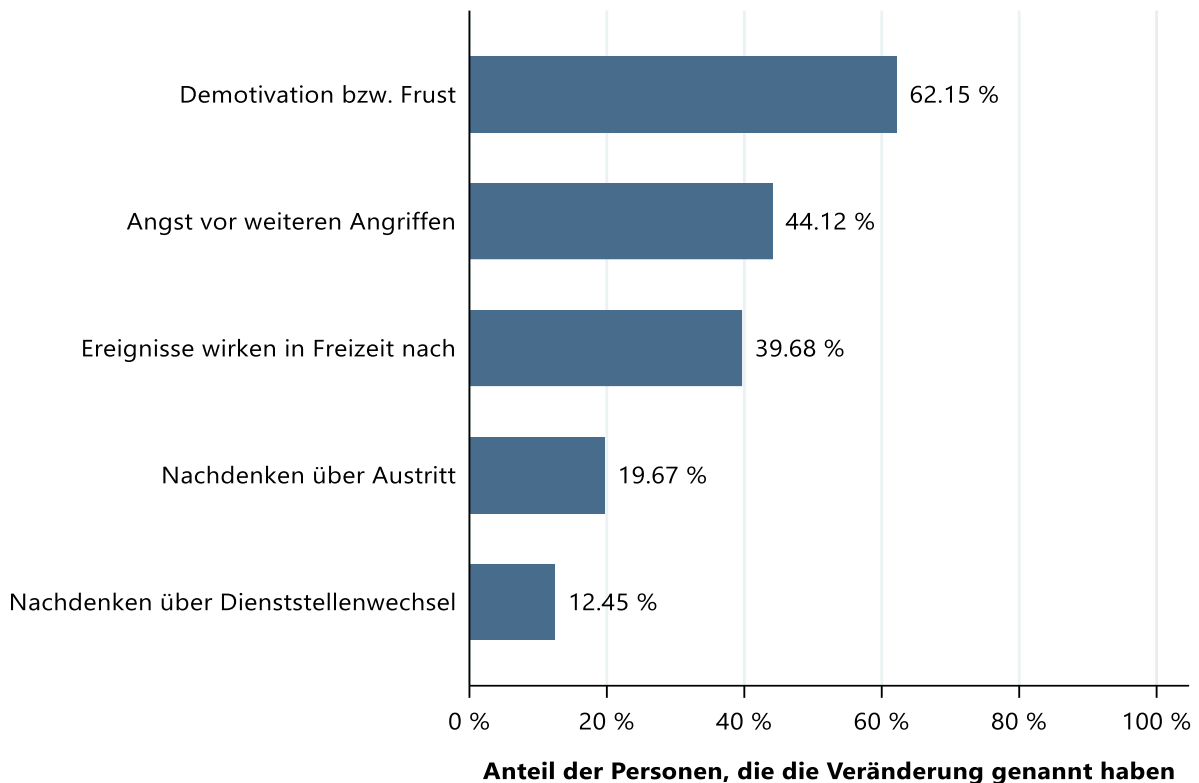


Notiz.  $n = 1.250 - 1.495$ .

In Bezug auf die Folgen durch Gewalt im Einsatzdienst berichten 62 % von Demotivation bzw. Frustration. Die Angst vor weiteren Angriffen und ein Nachwirken in die Freizeit wird je von etwa 40 % genannt. Etwa 20 % der Befragten erwägen aufgrund von Gewalt, den Beruf bzw. das Ehrenamt aufzugeben und etwa 12 % denken darüber nach, den Dienort zu wechseln (siehe Abbildung 6).



**Abbildung 6** Individuelle Veränderungen durch Gewalt in Einsätzen



Notiz.  $n = 2.168 - 2.679$ .

#### 4.5 Situationsbeschreibung

Schließlich wurden die Teilnehmenden gebeten, eine *erlebte oder beobachtete Situation* zu beschreiben, die in ihrer Wahrnehmung sinnbildlich für Gewalt im Einsatzdienst steht. Daher sind diese Aussagen nicht verallgemeinerbar. Die zugehörigen Ergebnisse lassen sich wie folgt zusammenfassen:

- Keine bestimmte Form von Gewalt sticht heraus.<sup>8</sup>
- Es handelt sich hauptsächlich um Routineeinsätze (knapp 80 %) in Wohn- und Verkehrsgebieten (ca. 40 und ca. 20 %).
- Rettungsdiensteinsätze überwiegen in den Situationsbeschreibungen von Gewalt.
- Ein erhöhtes Auftreten von Gewalt erfolgt am Nachmittag und Abend.
- Täterinnen und Täter sind in etwa 66 % der Schilderungen Einzelpersonen und in etwa der Hälfte der Fälle Unbekannte bzw. unbeteiligte Dritte.

<sup>8</sup> Hier wurden dieselben Handlungen wie in Kapitel 4.2 abgefragt.

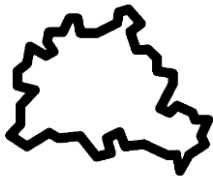


#### 4.6 Auffällige Gruppenunterschiede

Im Folgenden werden herausstechende interpersonelle (z. B. Personen mit und ohne Führungsverantwortung) und interorganisationale (z. B. Bundesländer) Gruppenunterschiede beschrieben.



Auffällig ist, dass Personen mit Führungsverantwortung einen engeren *Gewaltbegriff* haben, als Personen ohne Führungsverantwortung. Gleiches gilt für Personen aus den ostdeutschen im Vergleich zu Personen aus den westdeutschen Bundesländern. Je häufiger die Befragten Gewalt erleben und je belastender sie diese finden, desto breiter ist der Gewaltbegriff, d. h., desto mehr Handlungen werden als Gewalt eingestuft.



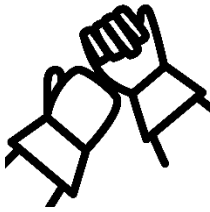
Die *Häufigkeit erlebter Gewalthandlungen* wurde für die Bundesländer jeweils im Vergleich zu Berlin (Referenz) untersucht. Es zeigt sich, dass Einsatzkräfte, die in Baden-Württemberg, Bayern, Hamburg, Hessen, Nordrhein-Westfalen, Rheinland-Pfalz, Sachsen-Anhalt und Schleswig-Holstein tätig sind, weniger häufig die vorgegebenen Gewalthandlungen<sup>9</sup> erleben. Zusätzlich ist zu beobachten, dass Personen in dicht besiedelten Gebieten häufiger von Gewalt betroffen sind, als Personen in ländlicheren Gegenden. Frauen erleben die Handlungen im Vergleich zu Männern häufiger. Außerdem sinkt mit steigendem Alter die Wahrscheinlichkeit, die Handlungen zu erleben.



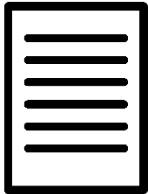
Bezüglich der *Belastung durch Gewalt* fällt auf, dass Angehörige der FF die Handlungen tendenziell belastender empfinden als Angehörige der HiO und BF. Der Unterschied ist bei „Sachbeschädigung“ und „rücksichtslosem Fahrverhalten“ am deutlichsten. Personen mit Führungsverantwortung finden die Handlungen weniger belastend, als Personen ohne Führungsverantwortung; genau wie Personen aus westdeutschen im Vergleich zu ostdeutschen Bundesländern. Deutlich wird, dass mit einem breiteren Gewaltbegriff und häufigerem Erleben der Handlungen auch die Belastung steigt.

---

<sup>9</sup> Gewalthandlungen siehe Abbildung 2: Bewerfen mit Gegenständen, sonstiger tätlicher Angriff, tätlicher Angriff mit gefährlichem Gegenstand, Bedrohung mit gefährlichem Gegenstand, körperliche sexuelle Belästigung, sexuelle Nötigung, Sachbeschädigung, Einschüchterung mit Worten oder Gesten, verbale sexuelle Belästigung, Beleidigung mit Worten oder Gesten, Diskriminierung, rücksichtsloses Fahrverhalten, Behinderung der Arbeit, Respektlosigkeit bzw. mangelnde Wertschätzung



Die Verwendung eines breiten Gewaltbegriffs, ausgeprägtere Häufigkeit und stärkere Belastung der Handlungen erhöhen die Wahrscheinlichkeit, mehr negative *Veränderungen durch Gewalt* zu erleben. Wenn jedoch Hilfsbereitschaft bei Problemen und Unterstützung nach außen durch Vorgesetzte erlebt wird, verringert sich die Wahrscheinlichkeit unangenehmer Veränderungen.



Die Unterstützung der Vorgesetzten nach außen hat einen positiven Effekt, denn sie erhöht die *Häufigkeit von Meldungen* auch, wenn Personen selten Gewalt erleben. Frauen melden Gewaltvorfälle seltener als Männer, während Angehörige der FF häufiger melden als Angehörige der BF und HiO. Mit dem Alter steigt die Bereitschaft zu melden. Ebenso melden Personen mit Führungsverantwortung häufiger, als Personen ohne Führungsverantwortung.



## 5 Diskussion

Die Ergebnisse der Befragung zeigen deutlich, wie vielschichtig und zugleich „alltäglich“ Gewalt im Einsatzdienst erlebt wird: Gewalt ist nicht nur körperliche Aggression, sondern wird in vielfältigen Erscheinungsformen wahrgenommen. Körperliche und sexuelle Angriffe sowie Bedrohungen mit Gegenständen werden nahezu geschlossen als Gewalt eingestuft, während manche Einsatzkräfte auch verbale Respektlosigkeiten und Behinderungen der Arbeit als Gewalttaten einordnen. Die individuelle Einschätzung stimmt entsprechend nicht immer mit einer formalen Definition von Gewalt überein (siehe Kapitel 2). Entscheidend ist daher, die unterschiedlichen Wahrnehmungen ernst zu nehmen und in Präventions- und Unterstützungsmaßnahmen einzubeziehen. Mit der durch die Bundesregierung ratifizierten Übereinkunft 190 der ILO von 2019 wurde hierfür eine erste Grundlage geschaffen, deren praktische Umsetzung und Wirkung jedoch weiter untersucht werden muss. Vor diesem Hintergrund fällt auf, dass die im Aachener Modell als besonders gefährlich eingestuften Handlungen wie Bedrohungen oder Angriffe mit gefährlichen Gegenständen zwar fast durchgängig als Gewalt erkannt werden, im Vergleich zu anderen Handlungen jedoch eher selten auftreten. Die Befragung zeigt, dass diese schweren Übergriffe im Durchschnitt seltener als einmal pro Jahr erlebt werden, während leichtere Übergriffe oder verbale Grenzüberschreitungen deutlich häufiger vorkommen. Dabei bleibt zu erforschen, welche langfristigen Auswirkungen vor allem leichtere, häufig erlebte Vorfälle haben können.

Es zeigt sich zudem ein Zusammenhang dahingehend, dass mit einem breiteren Gewaltbegriff auch höhere Belastungswerte einhergehen. Denkbar ist, dass Wahrnehmungs- und Einordnungsprozesse hierbei eine Rolle spielen: Wenn Einsatzkräfte Verhaltensweisen ihres Gegenübers schneller als Gewalt interpretieren, könnte dies mit einer erhöhten subjektiven Belastung verbunden sein. Gleichzeitig kann auch eine höher wahrgenommene Belastung dazu führen, dass Verhaltensweisen dementsprechend als Gewalt identifiziert und definiert werden. Hierzu bedarf es weiterer Forschung.

Ein weiterer zentraler Aspekt der Befragung waren die Präventionsmaßnahmen. In Bezug auf vorsorgende Maßnahmen (Eigensicherungstrainings etc.) ist besonders der umgekehrte Zusammenhang zwischen der Existenz einer Maßnahme in der Organisation und ihrer wahrgenommenen Sinnhaftigkeit auffällig: Wenn eine Maßnahme in der eigenen Organisation *nicht* existiert, wird sie als deutlich sinnvoller bewertet als in Organisationen, in denen diese Maßnahme existiert. Dies könnte auf eine implizite Erwartungshaltung hinweisen, wenn etwa bekannt ist, dass andere Organisationen entsprechende Angebote bereithalten und



die eigene Belegschaft dies als Zeichen von Fürsorgepflicht und Wertschätzung erwartet. Dieses Phänomen wird auch als „Social Proof“ bezeichnet (Venema et al., 2020). Insbesondere Eigensicherungstrainings, die in der Befragung die höchste Zustimmung erhielten, und auch Trainings zu interkultureller Kompetenz werden überwiegend positiv bewertet. Bodycams hingegen werden eher abgelehnt. Dies kann unter Umständen damit zusammenhängen, dass Einsatzkräfte befürchten, dass visuelle Aufnahmen im Einsatzkontext gegen sie ausgelegt werden oder eventuell zusätzliche Unsicherheiten bei den Patientinnen oder Patienten erzeugen könnten und daher zur Eskalation beitragen (siehe dazu auch Margies et al., 2024). Entsprechend wichtig könnte sich für erfolgreiche Prävention die Einbindung des Personals erweisen, welches die Maßnahmen unmittelbar anwendet. Erst durch dessen Erfahrungen und Rückmeldungen können Maßnahmen wirksam gestaltet und nachhaltig verankert werden.

Die Befragten bezeichnen insbesondere die Unterstützung durch die Polizei bzw. durch zusätzliche eigene Einsatzkräfte als hilfreich. Hingegen werden verbale oder körperliche Gegenwehr nur von wenigen Einsatzkräften als angemessen angesehen. Das kann bedeuten, dass Einsatzkräfte im Ernstfall vor allem klare Abläufe, schnelle Verstärkung sowie abgestimmte Unterstützung benötigen. Für die Führungsebene zeigt sich, dass wirksame Sekundärprävention weniger auf individuellen Abwehrtechniken beruht, sondern in gut vorbereiteten Strukturen, verlässlicher Kommunikation und der Möglichkeit, schnell weitere Kolleginnen und Kollegen oder die Polizei nachzufordern. Eine enge Abstimmung zwischen verschiedenen BOS und klare taktische Vorgaben könnten dazu beitragen, Konflikte frühzeitig zu entschärfen und die wahrgenommene Sicherheit der Kräfte zu erhöhen.

Im Bereich der Nachsorge zeigt sich ähnlich wie bei AMBOSafe (Leuschner et al., 2022), von welcher zentraler Bedeutung Unterstützung im Anschluss an einen Vorfall ist. In der Befragung tritt besonders das Gespräch mit Kolleginnen und Kollegen hervor, während das Schweigen über einen Vorfall nur von weniger als einem Prozent der Befragten als geeignete Maßnahme angesehen wird. Dies unterstreicht, dass offene Kommunikation und kollegiale Unterstützung eine zentrale Rolle bei der Verarbeitung von Gewaltvorfällen einnehmen. Das Konzept des „Peer-Support“ (Shalaby & Agyapong, 2020) bietet dafür wertvolle Anhaltspunkte. Eine weitere wichtige Rolle in der Nachsorge nimmt der Umgang mit Meldungen ein. Rund ein Viertel der Einsatzkräfte melden Vorfälle selten oder nie und mehr als 65 % sind davon überzeugt, dass Meldungen keine Wirkung haben. Zusätzlich geben 27 % an, dass ihnen die Abläufe oder Zuständigkeiten unklar erscheinen. Vor diesem Hintergrund überrascht es kaum, dass ein beträchtliches Dunkelfeld besteht, da fehlende



Wirkungserwartungen und unklare Prozesse die Meldetätigkeit deutlich hemmen. Aus diesen Ergebnissen lässt sich ableiten, dass ein verständliches und vor allem barrierearmes Meldewesen eine zentrale Voraussetzung für einen wirksamen Umgang mit Gewaltvorfällen darstellen kann. Die Vorgesetzten oder speziell Beauftragte können hier eine entscheidende Rolle einnehmen, indem sie Meldungen ernst nehmen, Rückmeldungen über den Verlauf geben und als verlässliche Ansprechpersonen für betroffene Einsatzkräfte auftreten.

In Bezug auf die als sinnbildlich empfundenen Gewaltsituationen gaben rund 80 % der Befragten an, dass sich die Vorfälle in alltäglichen Einsätzen abspielen. Dabei ist es wichtig zu beachten, dass diese Aussagen keine Rückschlüsse auf die generelle Häufigkeit bestimmter Situationen zulassen. Diese Erkenntnis widerspricht dem weit verbreiteten Eindruck, Gewalt trete vor allem bei außergewöhnlichen, „kritischen“ Einsatzlagen auf. Dabei entsteht sie vielmehr in Situationen, in welchen Einsatzkräfte eigentlich auf Routinen zurückgreifen.

Um die Aussagekraft der Ergebnisse einordnen zu können, ist ein Blick auf die Zusammensetzung der Stichproben wichtig. An der vorliegenden Befragung nahmen knapp 4 % der Angehörigen der BF und unter einem Prozent der Mitglieder von FF in Deutschland teil (DFV, 2025). Für die HiO ist eine Schätzung des Anteils der Teilnehmenden der Befragung an der Grundgesamtheit schwer möglich, da bundesweit für deren Zusammensetzung keine Zahlen vorliegen. Darüber hinaus ist zu berücksichtigen, dass die Daten auf Selbstauskünften beruhen. Dies kann bedeuten, dass individuelle Bewertungen, situative Einflüsse und Erinnerungsverzerrungen die Angaben beeinflussen können. Selbstauskünfte geben jedoch unverzichtbare Hinweise auf reale Belastungen und Problemlagen (Baur & Blasius, 2014).

Die vorliegende Befragung weist mehrere methodische Besonderheiten auf: Anders als viele frühere Studien erfasst sie, welche konkreten Handlungen von den Teilnehmenden als Gewalt eingestuft werden. Dies ist ein wichtiger Aspekt, da es bislang keine einheitliche Definition von Gewalt gibt, die wissenschaftliche und praktische Anforderungen vereint. Darüber hinaus ermöglicht die Auswertung eine systematischere Verknüpfung zentraler Variablen, wie Gewaltbegriff, Belastungsempfinden und Häufigkeit des Erlebens. Ein weiterer Aspekt besteht in der bundesweiten Durchführung der Befragung. Sie deckt verschiedene Organisationstypen (BF, FF und HiO), sowie unterschiedliche Regionen (städtisch bis ländlich) ab. Durch die Erhebung mithilfe einer Klumpenstichprobe konnte eine realitätsnahe Durchmischung der Stichprobe und damit Abbildung unterschiedlicher demografischer Merkmale erzielt werden (bspw. Geschlecht, Gemeindegröße und Alter).



Bei der Interpretation der Ergebnisse bezüglich der Situationsbeschreibung ist zu beachten, dass es den Teilnehmenden freigestellt war, auf welche Art von Einsatz sie sich beziehen. Entsprechend reichten die Antworten von sehr aktuellen Ereignissen über lang zurückliegende Ereignisse bis hin zu Extremfällen. Diese Uneinheitlichkeit erschwert eine systematische Auswertung und die Vergleichbarkeit der Angaben in diesem Themenblock. Des Weiteren kann die Differenz zwischen der Zahl der Personen, die einen als gültig gewerteten Fragebogen zurückgesandt haben, gegenüber den als ungültig gewerteten Fragebögen möglicherweise auf eine Befragungsmüdigkeit hinweisen. Viele Organisationen werden regelmäßig zu verschiedenen Themen befragt, was die Bereitschaft zur Teilnahme reduzieren kann und die Reichweite einzelner Studien beeinflusst. Umso wichtiger ist es, den Befragten eine Rückmeldung zu Ergebnissen zu geben, die anhand ihrer Teilnahme erzielt wurden.

**Wir bitten in diesem Zusammenhang darum, die Ergebnisse der Befragung in der eigenen Organisation zu teilen und bieten dazu Unterstützung an.**



## **6 Praktische Implikationen**

Aus den Ergebnissen der bundesweiten Befragung lassen sich drei praxisrelevante Handlungsfelder für nichtpolizeiliche BOS ableiten, welche einen gezielten Umgang mit Gewalt im Einsatzdienst unterstützen können. Die folgenden praktischen Implikationen sollen Führungskräften sowie weiteren Verantwortlichen innerhalb der BOS als Orientierung für zukünftige Maßnahmen dienen. Im weiteren Verlauf des Projekts SAGRE werden diese Erkenntnisse ergänzt, zu konkreten Handlungsempfehlungen weiterentwickelt und in Form von Checklisten, Leitfäden und weiteren praxisnahen Materialien aufbereitet.

### **(1) Professionelle und kollegiale Nachsorge ausbauen**

Die Einsatznachsorge im Rahmen der Psychosozialen Notfallversorgung wurde in den vergangenen Jahren verstärkt ausgebaut. Dies hängt vermutlich damit zusammen, dass psychische Belastungen in der Gesellschaft und somit auch innerhalb der Organisationen zunehmend anerkannt werden. Die Befragung zeigt, dass insbesondere das Gespräch mit Kolleginnen und Kollegen eine zentrale Rolle bei der Verarbeitung belastender Vorfälle spielt. Vor diesem Hintergrund kann es sinnvoll sein, die Bedeutung von Peer-Support stärker ins Bewusstsein zu rücken und vorhandene Formen kollegialer Unterstützung gezielt zu fördern. Darauf aufbauend kann es hilfreich sein, größere Teile der Belegschaft in grundlegenden psychosozialen Kompetenzen zu schulen, z. B. als kollegiale „Soziallotsen“ wie bei der Berliner Feuerwehr, die grundlegende Beratungs- und Unterstützungsangebote vermitteln.

### **(2) Klare, standardisierte Meldewege und transparente Rückmeldungen etablieren**

Es ist für Einsatzkräfte und Organisationen gleichermaßen wichtig, dass ein standardisierter Meldeprozess besteht. Dadurch gehen keine Vorfälle „verloren“ und Betroffene wissen, wie sie nach einem Gewaltereignis vorgehen können. Ebenso bedeutsam ist es, die Beteiligten im Bearbeitungsprozess „mitzunehmen“. Dies kann gerade in behördlichen Strukturen herausfordernd sein, da Zuständigkeiten häufig komplex sind und formalisierte Verfahren eine zeitnahe Rückmeldung erschweren. Nur wenn Beschäftigte nachvollziehen können, wie mit ihren Meldungen umgegangen wird, entsteht die Chance, dass sich das Dunkelfeld verringert. Klare und nachvollziehbare Prozesse können die Einsatzkräfte darin bestärken, Vorfälle häufiger zu melden. Dafür braucht es Führungskräfte, die Betroffene ernst nehmen. Die Befragung macht deutlich, dass Gewaltereignisse über den Einsatzdienst hinaus in die Freizeit nachwirken können. In diesem Zusammenhang geben einige Einsatzkräfte an, ihren Dienstort



(12 %) oder sogar ihren Beruf wechseln zu wollen (20 %). Bei ehrenamtlichen Kräften kann dies bedeuten, das Ehrenamt aufgeben zu wollen.

### **(3) Qualität und Alltagstauglichkeit von Präventionsmaßnahmen verbessern**

Präventionsmaßnahmen können nur dann Wirkung entfalten, wenn sie verständlich und in der Praxis umsetzbar sind. Die Befragung zeigt, dass Angebote, mit denen bereits Erfahrungen bestehen, teilweise kritischer bewertet werden als Maßnahmen, die noch nicht in der eigenen Organisation etabliert sind. Dies kann ein Hinweis darauf sein, dass bestehende Maßnahmen inhaltlich, methodisch oder organisatorisch nicht ausreichend auf den tatsächlichen Bedarf im Einsatzgeschehen abgestimmt sind. Bestehende Angebote sollten entsprechend systematisch evaluiert werden, um ihre Qualität zu verbessern und sie an realistische Einsatzsituationen anzupassen. Neue Maßnahmen sollten gemeinsam mit dem Einsatzpersonal entwickelt werden, damit diese sowohl akzeptiert als auch im Alltag wirksam anwendbar sind.



## 7 Fazit

Zusammenfassend zeigt die Befragung, dass Gewalt im Einsatzdienst kein Ausnahmeereignis, sondern ein wiederkehrender Bestandteil des Berufsalltages bei BF, FF und HiO ist. Für die Organisationen bedeutet dies, Gewaltprävention nicht allein auf außergewöhnliche Gefahrenlagen auszurichten, sondern gerade den alltäglichen, vermeintlich geringfügigen Vorfällen Beachtung zu schenken. Nur durch verlässliche Strukturen, transparente Meldewege und eine konsequente, unterstützende Organisationskultur kann es gelingen, die Einsatzkräfte nachhaltig zu schützen. Das könnte als Ausgangspunkt für einen offenen, organisationsinternen Verständigungsprozess und für die Entwicklung neuer Maßnahmen genutzt werden. Es zeigt sich, dass eine eindimensionale juristische oder wissenschaftliche Definition von Gewalt den unterschiedlichen Einsatzrealitäten und -kontexten sowie den individuellen und Empfindungen von Gewalt nicht gerecht werden kann. Eine praxistaugliche Auseinandersetzung mit Gewalt muss daher weniger auf eine formale Definition, als auf ein differenziertes Verständnis im Einsatzalltag abzielen. Dazu kommt die Notwendigkeit der Schaffung von angemessenen strukturellen Rahmenbedingungen.

Im Projekt SAGRE stehen weitere Schritte an, um praktische Anwendungen zu etablieren. Geplant sind Praxisworkshops und Fokusgruppen. Dabei sollen unter anderem die im Bericht aufgezeigten Ergebnisse weiterentwickelt und gemeinsam mit Praktikerinnen und Praktikern konkretisiert werden. Aus diesen Formaten werden anschließend Materialien abgeleitet, darunter Checklisten (z. B. zum Erstellen von Anzeigen) und weitere Handlungsempfehlungen (z. B. zur Unterstützung nach Gewaltereignissen oder eine Prozessbeschreibung für Meldewege) für Einsatz- und Führungskräfte der nichtpolizeilichen Gefahrenabwehr. Ergänzend sind Fachartikel, die die Analyse vertiefen, Fachtage für Anwenderinnen und Anwender sowie ein öffentliches Abschluss Symposium im Jahr 2026 vorgesehen.



## Literaturverzeichnis

- Baur, N., & Blasius, J. (2014). Methoden der empirischen Sozialforschung: Ein Überblick. In N. Baur & J. Blasius (Hrsg.), *Handbuch Methoden der empirischen Sozialforschung* (S. 41–62). Springer Fachmedien Wiesbaden. [https://doi.org/10.1007/978-3-531-18939-0\\_1](https://doi.org/10.1007/978-3-531-18939-0_1)
- Bundeskriminalamt. (2012). *Polizeiliche Kriminalstatistik 2011—Bundesrepublik Deutschland* (Nr. 59). BKA—Statistik.
- Bundeskriminalamt. (2025). *PKS Tabellen—Thematische Gliederung—PKS 2024 Bund—Opfertabellen*. <https://www.bka.de/DE/AktuelleInformationen/StatistikenLagebilder/PolizeilicheKriminalstatistik/PKS2024/PKSTabellen/BundOpfertabellen/bundopfertabellen.html?nn=240862>
- Deutsche Gesetzliche Unfallversicherung, & Deutscher Feuerwehrverband. (2023). *Umfrage 2023. Beleidigungen, Beschimpfungen, Bedrohungen – Bundesweite Befragung zu Gewalt gegen Einsatzkräfte*. [https://www.dguv.de/medien/gewalt-angehen/dfv\\_dguv\\_umfrage\\_gewalt\\_gegen\\_einsatzkraefte\\_ergebnisse\\_in\\_ppt\\_231228.pdf](https://www.dguv.de/medien/gewalt-angehen/dfv_dguv_umfrage_gewalt_gegen_einsatzkraefte_ergebnisse_in_ppt_231228.pdf)
- Deutscher Feuerwehrverband. (2025). *Statistik—Erfassung statistischer Daten*. <https://www.feuerwehrverband.de/presse/statistik/>
- Feltes, T., & Weigert, M. (2018). *Gewalt gegen Einsatzkräfte der Feuerwehren und Rettungsdienste in Nordrhein-Westfalen* [Abschlussbericht]. Ruhr Universität Bochum. [https://sirw.rms2cdn.de/files/docs/Abschlussbericht\\_Gewalt%20gegen%20Einsatzkr%C3%A4fte.pdf](https://sirw.rms2cdn.de/files/docs/Abschlussbericht_Gewalt%20gegen%20Einsatzkr%C3%A4fte.pdf)
- Feuerwehrgesetz (2010). <https://www.landesrecht-bw.de/bsbw/document/jlr-FeuerwGBW2010pG1>



Gesetz zu dem Übereinkommen Nr. 190 der Internationalen Arbeitsorganisation vom 21. Juni 1919 über die Beseitigung von Gewalt und Belästigung in der Arbeitswelt, II Nr. 142 (2023).

Google. (2025, Dezember 11). *Google Trends*. Gewalt Rettungsdienst. <https://trends.google.de/trends/explore?date=2010-11-11%202025-12-11&geo=DE&q=Gewalt%20Rettungsdienst&hl=de>

Grange, J. T., & Corbett, S. W. (2002). VIOLENCE AGAINST EMERGENCY MEDICAL SERVICES PERSONNEL. *Prehospital Emergency Care*, 6(2), 186–190. <https://doi.org/10.1080/10903120290938526>

Grohmann, J., & Porschke, A. (2022). *Wo wir leben—Bevölkerungsdichte*. Der Deutschlandatlas. <https://www.deutschlandatlas.bund.de/DE/Karten/Wo-wir-leben/006-Bevoelkerungsdichte.html>

Institut für Arbeit und Gesundheit der Deutschen Gesetzlichen Unfallversicherung & Deutscher Feuerwehrverband. (2024). *Gewalt und Belästigung durch Mitbürgerinnen und Mitbürger der Mitglieder von Feuerwehren und Leitstellen*. [https://www.feuerwehrverband.de/app/uploads/2024/12/Einsatzkraefte-Gewaltbefragung-DFV\\_2024\\_final.pdf](https://www.feuerwehrverband.de/app/uploads/2024/12/Einsatzkraefte-Gewaltbefragung-DFV_2024_final.pdf)

Internationale Arbeitsorganisation. (2019). *Übereinkommen über die Beseitigung von Gewalt und Belästigung in der Arbeitswelt*.

Leuschner, F., Herr, A. T., Lutz, P., Fecher, L., & Selzer, M. (2022). Gewalt gegen Rettungsdienstpersonal. *Bundesgesundheitsblatt*, 65(10), 1051–1058. <https://doi.org/10.1007/s00103-022-03564-5>

Maguire, B. J., O’Meara, P., O’Neill, B. J., & Brightwell, R. (2018). Violence against emergency medical services personnel: A systematic review of the literature. *American Journal of Industrial Medicine*, 61(2), 167–180. <https://doi.org/10.1002/ajim.22797>



- Margies, N., Hensel, R., Steinsdorff von, S., Kaiser, A.-B., & Blokland, T. (2024). *Bodycams bei der Polizei Berlin und der Berliner Feuerwehr. Evaluation der Anwendung und Auswirkungen des § 24c Allgemeines Sicherheits- und Ordnungsgesetz*. Law & Society Institute. Integrative Research Institute der Humboldt-Universität zu Berlin. <https://www.parlament-berlin.de/ados/19/InnSichO/vorgang/iso19-0207-Abschlussbericht%20Evaluation%20Bodycams.pdf>
- Päßler, K., & Trommer, U. (2010). *Gewaltprävention—Ein Thema für öffentliche Verwaltungen?! (Prävention in NRW 37)*. Unfallkasse Nordrhein-Westfalen. [https://www.unfallkasse-nrw.de/fileadmin/server/download/praevention\\_in\\_nrw/PIN\\_37.pdf](https://www.unfallkasse-nrw.de/fileadmin/server/download/praevention_in_nrw/PIN_37.pdf)
- Sefrin, P., Händlmeyer, A., Stadler, T., & Kast, W. (2021). Erfahrungen zur Gewalt gegen Rettungskräfte – aus der Sicht des DRK. *Der Notarzt*, 37(1), 1–19. <https://doi.org/10.1055/a-1310-6763>
- Shalaby, R. A. H., & Agyapong, V. I. O. (2020). Peer Support in Mental Health: Literature Review. *JMIR Mental Health*, 7(6). <https://doi.org/10.2196/15572>
- Statistisches Bundesamt. (2023). *Zahl der Beschäftigten im Rettungsdienst von 2011 bis 2021 um 71 % gestiegen*. Zahl der Woche Nr. 06. [https://www.destatis.de/DE/Presse/Pressemitteilungen/Zahl-der-Woche/2023/PD23\\_06\\_p002.html](https://www.destatis.de/DE/Presse/Pressemitteilungen/Zahl-der-Woche/2023/PD23_06_p002.html)
- Sticher, B. (2025). *Aggression und Gewalt gegen männliche Einsatzkräfte: Polizisten, Feuerwehrmänner und Rettungsmitarbeiter*. Herausgeber: Forschungsinstitut für öffentliche und private Sicherheit der Hochschule für Wirtschaft und Recht Berlin. [https://www.foeps-berlin.org/fileadmin/institut-foeps/Dokumente/FOEPSDIGITAL/FOEPS-Digital\\_15\\_Sticher.pdf](https://www.foeps-berlin.org/fileadmin/institut-foeps/Dokumente/FOEPSDIGITAL/FOEPS-Digital_15_Sticher.pdf)



Venema, T. A. G., Kroese, F. M., Benjamins, J. S., & De Ridder, D. T. D. (2020). When in Doubt, Follow the Crowd? Responsiveness to Social Proof Nudges in the Absence of Clear Preferences. *Frontiers in Psychology*, *11*, 1385. <https://doi.org/10.3389/fpsyg.2020.01385>

von Hegemann, J.-E. (2020). So funktioniert Feuerwehr in Deutschland. *Feuerwehr-Magazin*. <https://www.feuerwehrmagazin.de/wissen/so-funktioniert-feuerwehr-in-deutschland-77805>



## Projektdaten

<p>SAGRE wird im Zuge der Bekanntmachung „Anwender – Innovativ: Forschung für die zivile Sicherheit II“ im Rahmen des Programms „Forschung für die zivile Sicherheit 2018 bis 2023“ der Bundesregierung gefördert.</p> <p><b>Projektpartner</b></p> <ul style="list-style-type: none"><li>• Berliner Feuerwehr</li><li>• Bayerisches Rotes Kreuz – Landesgeschäftsstelle, München</li><li>• Hochschule für Wirtschaft und Recht Berlin – Fachbereich 5 – Polizei und Sicherheitsmanagement, Berlin</li></ul> <p><b>Förderkennzeichen</b> 13N17039 – 13N17041</p> <p><b>Gesamtzuwendung</b> 940.000 €</p> <p><b>Projektlaufzeit</b> 2024 – 2026</p> <p><b>Fördermittelgeber</b> Bundesministerium für Forschung, Technologie und Raumfahrt</p> <p><b>Projekträger</b> VDI Technologiezentrum GmbH</p>	<p><b>Autorinnen &amp; Autoren, Berliner Feuerwehr</b> Sophie Fessel Leopold Scholze Alexandra Jasmina Kimel Dr. Rebecca Prell</p> <p><b>Texte, Grafiken und Fotos – Nutzungsrechte</b> © Das Copyright für Texte, Grafiken und Fotos liegt bei den Autorinnen und Autoren, Urheberinnen und Urhebern bzw. der Herausgeberin, sofern dies nicht separat gekennzeichnet ist. Eine anderweitige Veröffentlichung ist nur mit Erlaubnis der Autorinnen und Autoren, der Herausgeberin bzw. der Urheberinnen und Urheber möglich.</p> <p><b>Haftungsausschluss</b> Alle Angaben zu weiterführenden Internetlinks wurden sorgfältig geprüft. Eine Garantie für die Vollständigkeit, Richtigkeit und letzte Aktualität kann jedoch nicht übernommen werden. Auch kann keine Verantwortung für die Inhalte und Verfügbarkeit von Websites Dritter übernommen werden. Die Herausgeberin distanziert sich ausdrücklich von allen Inhalten, die möglicherweise straf- oder haftungsrechtlich relevant sind oder gegen die guten Sitten verstoßen.</p>
--	---



Gefördert durch:



Bundesministerium  
für Forschung, Technologie  
und Raumfahrt

**SIFO.de**